Bundesgesetzblatt

Teil II

Z 1998 A

1977	Ausgegeben zu Bonn am 29. April 1977	Nr. 19
Tag	Inhalt	Seite
18. 3. 77	Bekanntmachung der deutsch-ungarischen Vereinbarung über die Anerkennung der Führerscheine und Fahrzeugscheine	413
23. 3. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Weltorganisation für Meteorologie	424
31. 3. 77	Bekanntmachung über die Änderung der Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates	424
4. 4. 77	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Kapitalhilfe	426
5. 4. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über den Seeverkehr	428
7. 4. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 92 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Quartierräume der Besatzung an Bord von Schiffen (Neufassung vom Jahre 1949)	429
13. 4. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 126 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Quartierräume an Bord von Fischereifahrzeugen	430
15. 4. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über Flüchtlingsseeleute	431
15. 4. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Fischerei im Nordwestatlantik und seiner Protokolle	431
19. 4. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung für Olverschmutzungsschäden	432

Bekanntmachung der deutsch-ungarischen Vereinbarung über die Anerkennung der Führerscheine und Fahrzeugscheine

Vom 18. März 1977

In Budapest ist durch Notenwechsel vom 29. September und 2. November 1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik eine Vereinbarung über die Anerkennung der Führerscheine und Fahrzeugscheine getroffen worden. Die Vereinbarung ist am 2. Februar 1977 in Kraft getreten; sie wird nachstehend zusammen mit den Mustern der ungarischen Führer- und Fahrzeugscheine sowie deren Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 18. März 1977

Der Bundesminister für Verkehr In Vertretung Heinz Ruhnau

(Ubersetzung)

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Budapest RK 451

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die gegenseitige Anerkennung der Führer- und Fahrzeugscheine auf der Grundlage des geltenden innerstaatlichen Rechts vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

- Nationale Führer- und Fahrzeugscheine, die von den zuständigen Behörden eines der beiden Staaten nach dessen innerstaatlichen Rechtsvorschriften an Personen ausgestellt worden sind, die im Gebiet dieses Staates ihren ständigen Aufenthalt haben, werden im Gebiet des anderen Staates für die Dauer eines Jahres vom Tage des Grenzübertritts an als gültig anerkannt.
- 2. Nach Maßgabe der Nummer 1 sind die Inhaber eines nationalen Führerscheins befugt, Kraftfahrzeuge der Klassen, für die die Fahrerlaubnis nach den innerstaatlichen Vorschriften des ausstellenden Staates erteilt wurde, im Gebiet des anderen Staates während der Dauer der Anerkennung des Führerscheins nach Nummer 1 zu führen. Die Vorschriften über die Aberkennung des Rechts, von einer ausländischen Fahrerlaubnis Gebrauch zu machen, bleiben unberührt.
- Eine Übersetzung der Führer- und Fahrzeugscheine oder ein der Übersetzung gleichwertiges Dokument ist für die Anerkennung im Gebiet des anderen Staates nicht erforderlich.
- Spätestens zwei Monate vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung werden je fünf Muster der im eigenen Staat verwendeten Führer- und Fahrzeugscheine dem anderen Staat zugesandt.
- Änderungen der innerstaatlichen Vorschriften über die Ausstellung von Führer- und Fahrzeugscheinen werden unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten unter Beifügung von je fünf neuen Mustern des Führer- und Fahrzeugscheins, falls auch diese geändert werden, dem anderen Staat mitgeteilt.
- Entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird diese Vereinbarung in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.
- 7. Diese Vereinbarung tritt drei Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem das Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik das Einverständnis der Regierung der Ungarischen Volksrepublik der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland durch eine Note gleichen Inhalts mitteilt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, das Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Budapest, den 29. September 1976

L. S.

An das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik Budapest

L. S.

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Budapest

Budapest, den 2. November 1976

Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik J-262/2/1976.

Verbalnote

Das Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unter Berufung auf die Verbalnote der Botschaft Nr. RK 451 vom 29. September 1976 nachstehendes mitzuteilen:

Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik ist mit dem nachstehenden — durch die Verbalnote Nr. 451 vorgeschlagenen — Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Führer- und Fahrzeugscheine auf der Grundlage des geltenden innerstaatlichen Rechts einverstanden.

- Nationale Führer- und Fahrzeugscheine, die von den zuständigen Behörden eines der beiden Staaten nach dessen innerstaatlichen Rechtsvorschriften an Personen ausgestellt worden sind, die im Gebiet dieses Staates ihren ständigen Aufenthalt haben, werden im Gebiet des anderen Staates für die Dauer eines Jahres vom Tage des Grenzübertritts an als gültig anerkannt.
- 2. Nach Maßgabe der Nummer 1 sind die Inhaber eines nationalen Führerscheins befügt, Kraftfahrzeuge der Klassen, für die die Fahrerlaubnis nach den innerstaatlichen Vorschriften des ausstellenden Staates erteilt wurde, im Gebiet des anderen Staates während der Dauer der Anerkennung des Führerscheins nach Nummer 1 zu führen. Die Vorschriften über die Aberkennung des Rechts, von einer ausländischen Fahrerlaubnis Gebrauch zu machen, bleiben unberührt.
- 3. Eine Übersetzung der Führer- und Fahrzeugscheine oder ein der Übersetzung gleichwertiges Dokument ist für die Anerkennung im Gebiet des anderen Staates nicht erforderlich.
- Spätestens zwei Monate vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung werden je fünf Muster der im eigenen Staat verwendeten Führer- und Fahrzeugscheine dem anderen Staat zugesandt.
- Änderungen der innerstaatlichen Vorschriften über die Ausstellung von Führer- und Fahrzeugscheinen werden unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten unter Beifügung von je fünf neuen Mustern des Führer- und Fahrzeugscheins, falls auch diese geändert werden, dem anderen Staat mitgeteilt.
- Entsprechend dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 wird diese Vereinbarung in Übereinstimmung mit dem festgelegten Verfahren auch auf Berlin (West) ausgedehnt.
- 7. Diese Vereinbarung tritt drei Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem das Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik das Einverständnis der Regierung der Ungarischen Volksrepublik der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland durch eine Note gleichen Inhalts mitteilt.

GÉPJÁRMŰ FORGALMI ENGEDÉLY

(Ubersetzung)

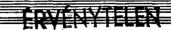
KRAFTFAHRZEUG-ZULASSUNGSSCHEIN

Titelseite

Tulajdonjog fenntartás és elidegenítési korlátozás feljegyzése

FORGALMI ENGEDÉLY

A gépjárművet a vizsgabizottság megvizsgálta és



forgalmi rendszámmal látta el.

A gépjármű a közúti forgalomban részt vehet.

A közúti forgalomban való részvételkor a gépjármű vezetője a forgalmi engedélyt magánál tartani köteles.

B 378454 *

1

(Ubersetzung)

Raum für Eintragungen betr. Eigentumsvorbehalt und Einschränkung des Veräußerungsrechts

ZULASSUNG ZUM VERKEHR

Das Kraftfahrzeug wurde von der Prüfkommission überprüft und mit dem amtlichen Kennzeichen

versehen.

Das Kraftfahrzeug ist zur Teilnahme am Verkehr auf öffentlichen Straßen berechtigt.

Der Fahrer des Kraftfahrzeuges ist verpflichtet, bei der Teilnahme am Verkehr auf öffentlichen Straßen diesen Zulassungsschein bei sich zu führen.

Seriennummer

1

változások	Motor- kerékpár	Motorkerékpár oldalkocsival	Személy- gépkocsi
j rendszám:, 19	Teher- gépkocsi	Vontató	Autóbusz
Р. Н.	Pótkocsi	Különleges:	
j rendszám:	Gyártmány:	4	
, 19	Típus:	- CLE	
Р. Н.	Alvázsza	im: M	otorszám:
j rendszám:	(Q)	10	
P. H,	Önšúl	_)sszsúly: kg
j rendszám:	***	Teherbírás:	
, 19 hó n.	Anticonomic control co	személy	kg
Р. Н.	Hengerűrta	rtalom: Tel	jesítmény:
	803333444444444444444444444444444444444	cm ³	LE

(Übersetzung)

Veränderungen des Kraftfahrzeug-Kennzeichens	Ar	des Kraftfahr	zeugs
Neues Kennzeichen:	Motorrad	Motorrad mit Beiwagen	Personen- kraftwagen
, 19 Monat Tag	Last- kraftwagen	Schlepper	Autobus
L. S.	Anhänger- wagen	Sonderfahra	eug:
Neues Kennzeichen:	Hersteller:	· <u></u>	
, 19 Monat Tag	Тур:		
L. S.	Fahrgest numme	1	otornummer:
Neues Kennzeichen:	***************************************		********
L. S.	Eigengew	icht: Ge	samtgewicht:
		kg	kg
Neues Kennzeichen:	Zı	ılässige Belast	ung:
	Pers	onen	kç
L. S.	Hubrau	m:	Leistung:
	***************************************	cm ³	PS

Hengerek száma:	Tengelyek száma:	A gépjármű első jog Név:	gos üzembentartója:
Kocsiszekr	ény neme:		<u>(</u>
Nyitott	Csukott	Lakcím, telephely :	város község
	nzin, gázolaj, elektro-	, 19.	út utca
			endőrhatóság részéről
		A gépjármű új jogo	
Gumiabroncs mére	ete és darabszáma;	Név:	
	ete és darabszáma; athat:		város község út utca 57 tér
Vont		Név:	város község út utca 57 tér

(Übersetzung)

Anzahl der Zylinder:	Anzahl der Achsen:	Erster berechtigter	J
Art der	Karosserie:	Namen:	
Offen	Geschlossen	Wohnsitz, Standort	Gasse Straße Numme
	ones: benzin, Dieseloi,		Platz Monat Taç
			eitens der Polizeibehörde
Caillean horaidh mun a		Der neue berechtigte Namen:	J
	und Anzahl der Reifen:	Namen:	
Größenbezeichnung		Namen:	Stadt Gemeind Gasse Straße Numme
Größenbezeichnung ugelassen zum Zieh	und Anzahl der Reifen:	Namen: Wohnsitz, Standort Bezirk, 19	Stadt Gemeind Gasse Straße Numme Platz
Größenbezeichnung Jugelassen zum Zieh on einem Gesamtge	und Anzahl der Reifen: en eines Anhängers wicht	Namen: Wohnsitz, Standort Bezirk, 19 L. S.	Stadt Gemeind Gasse Straße Numme Platz Tag
Größenbezeichnung	und Anzahl der Reifen: en eines Anhängers wicht	Namen: Wohnsitz, Standort Bezirk, 19 L. S.	Stadt Gemeind Gasse Straße Numme Platz Monat Tag

Hivatalos feljegyzések:

A forgalmi engedély adataiban beállt mindennemű változást az illetékes elsőfokú rendőrhatóságnál kell bejelenteni.

A változások bejegyzésére csak a rendőrhatóság illetékes tagja jogosult.

907 048 1010 Gépjármű forg. engedély – Pj 750044

10

(Ubersetzung)

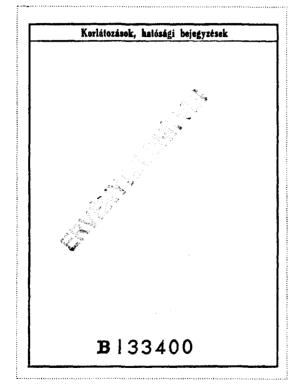
Raum für amtliche Eintragungen:

Jede Veränderung der in diesem Kraftfahrzeugschein eingetragenen Daten ist der Polizeibehörde anzuzeigen.

Zur Eintragung der Veränderungen ist nur der zuständige Beamte der Polizeibehörde befugt.

97 048 1010 Kraftfahrzeugschein — Pj 750044

10



0	rvosi érvénye	sítés	
*Érvényes:	év	hó	ig
Kelt:	év	hó	nap
Р. Н.		aláírás	
*Érvényes:	év	hó	ig
Kelt:	év	hó	na p
Р. Н.		aláírás	
*Érvényes:	év	hó	-ig
Kelt:	év	hó	nap
Р. Н.		aláírás	
*Érvényes:	év	hó	ig
Kelt:	év	hó	nap
Р. Н.	•••••	aláírá s	

MAGYAR NÉPKÖZTÁRSASÁG



VEZETŐI ENGEDÉLY

Permis de conduire

Sorszám:

B133400

Einschränkungen, behördliche Eintragungen

(Laufende Nummer)

Arztliche Gültigmachung
*Gültig bis: Jahr Monat Tag
Ausgestellt am: Jahr Monat Tag
L. S. Unterschrift
* Gültig bis: Jahr Monat Tag
Ausgestellt am: Jahr Monat Tag
L. S. Unterschrift
*Gültig bis: Jahr Monat Tag
Ausgestellt am: Jahr Monat Tag
L, S. Unterschrift
* Gültig bis: Jahr Monat Tag
Ausgestellt am: Jahr Monat Tag
L. S. Unterschrift
(Laufende Nummer)

VOLKSREPUBLIK UNGARN



FUHRERSCHEIN

Permis de conduire

Laufende Nummer:

Seite 5

Seite 6

Seite 1

		/e:		
υ.		év		na
4.	Lakás:			
Tulajdonos aláírása	Ø		Fénykép 35×45 mm	
_	Kiadta:			l
	Kelt:	év ₋		
6.		év		

	Járműkategóriák, amelyekre az engedély	érvényes
A	Oldalkocsis és oldalkocsi nélküli motorkerékpárok, motortriciklik; valamint az ezekhez hasonló olyan gépjárművek, amelyeknek űres súlya 400 kg-ot meg nem halad. Vizsga kelte:	н.
	Vizsga keite:	
В	Gépjárművek — az oldakogsis és oldalkocsi nélküli motta kerékpárok kivételével — arpelyeknek megengedett maximális súlya 3500 kg-ot (7700 fontot) mág nem halad és amelyekben ha vezető ülését nem számítya alegfeljebb 8 ülőhely van kaz lyen kategóriáju gépjármíthaz egy könnyű pótkocsi csatolhatá.	ъ. н.
	Vizsga kelte:	
C	Áruszállításra használt gépjármű- vek, amelyeknek megengedett leg- nagyobb összsúlya meghaladja a 3500 kg-ot (7700 fontot). E jármű- kategóriához egy könnyű pótkocsi csatolható.	P . H,
	Vizsga kelte:	

	Járműkategóriák, amelyekre az engedély	érvényes
D	Az A és B kategóriába nem tar- tozó, személyszállításra szolgáló gépjárművek. Az ebbe a kategó- riába tartozó gépjárművekhez egy könnyű pótkocsi csatolható.	Р. Н.
	Vizsga kelte:	
E	B, C vagy D kategóriába sorolt járművek, amelyeknek vézetője nemcsak könnyű, hanem más pót- kocsik vontatására is jegesült.	Р. Н.
	Vizsga kelte:	
	Vizsga kene:	'P. H.
F	Vizsga kelte:	Р. Н.
		Р. Н.
	Vizsga kelte:	

	Geburtsort:
	Gebuitsort:
4.	Wohnsitz:
Unterschrift des Besitzers	Lichtbild 35 45 mm
5.	Ausgestellt durch:
6.	Am: Jahr Monat Ta
7.	Gültig bis* Jahr Monat Ta

	Fahrzeugklassen, für die der Führerschein gültig ist				
A	Krafträder mit und ohne Beiwagen, Kraftdreiräder, sowie ähnliche Kraft- fahrzeuge, deren Leergewicht 400 kg nicht übersteigt.	L. S.			
	Datum der Prüfung:				
В	Kraftfahrzeuge — ausgenommen Krafträder mit und ohne Beiwagen — mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 3500 kg (7700 Pfund) und die, sofern sie der Personenbeförderung dienen, nicht mehr als 8 Sitzplätze außer dem Führersitz haben. Kraftfahrzeuge dieser Kategorie sind zum Ziehen eines leichten Anhängers zugelassen.	L. S.			
	Datum der Prüfung:				
C	Kraftfahrzeuge zur Güterbeförderung mit einem höchsten zulässigen Ge- samtgewicht von mehr als 3 500 kg (7 700 Pfund). Kraftfahrzeuge dieser Kategorie sind zum Ziehen eines leichten Anhängers zugelassen.	L. S.			
	Datum der Prüfung:				

	Fahrzeugklassen, für die der Führerschein gültig ist		
D	Kraftfahrzeuge zur Personenbeförde- rung, die nicht in die Klasse A oder B fallen. Kraftfahrzeuge dieser Kate- gorie sind zum Ziehen eines leichten Anhängers zugelassen.	L. S.	
	Datum der Prüfung:		
E	Kraftfahrzeuge, die in die Klasse B, C, oder D fallen und deren Führer nicht nur zum Ziehen leichter An- hänger, sondern auch zum Ziehen anderer Anhänger befugt ist.	L. S .	
	Datum der Prüfung:		
	!	L. S .	
	Datum der Prüfung:		
F		L. S.	
	Datum der Prüfung:		
		L. S.	
	Datum der Prüfung:		

Seite 2

Seite 3

Seite 4

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Weltorganisation für Meteorologie

Vom 23. März 1977

Das Übereinkommen vom 11. Oktober 1947 über die Weltorganisation für Meteorologie in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 1970 (BGBl. II S. 18), geändert am 20. Mai 1975 (BGBl. 1977 II S. 92), ist nach seinem Artikel 35 Abs. 1 für

Malta am 27. Januar 1977
São Tomé und Príncipe am 23. Dezember 1976
Seschellen am 17. März 1977
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Dezember 1976 (BGBl. 1977 II S. 92).

Bonn, den 23. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung über die Anderung der Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates

Vom 31. März 1977

Die Anlage zu dem Europäischen Übereinkommen vom 13. Dezember 1957 über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates (BGBI. 1959 II S. 389), die nach Artikel 1 Abs. 1 des Übereinkommens Bestandteil desselben ist, ist in Übereinstimmung mit Artikel 11 des Übereinkommens in bezug auf die Listen der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande und Österreichs geändert worden. Die Neufassung dieser Listen wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. März 1972 (BGBl. II S. 291).

Bonn, den 31. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Dr. Fleischhauer

Austria:

Valid passport or expired within the last five years

Official identity card.

Federal Republic of Germany:

Valid passport or child's travel certificate of the Federal Republic of Germany

Valid identity card of the Federal Republic of Germany

Valid provisional identity card and attested photograph identifying child, issued by the Land of Berlin

Netherlands:

Valid passport of the Kingdom of the Netherlands, including national passport, diplomatic passport, official passport (passeport de service) and laissez-passer

National passport expired within the last five years

Valid identity card (tourist card) model A or B

Valid alien's identity card, issued by the Belgian authorities, stating that the bearer is of Netherlands nationality

Valid alien's identity card, issued by the Luxembourg authorities, stating that the bearer is of Netherlands nationality.

Autriche:

Passeport valable ou périmé depuis moins de cinq ans

Carte d'identité officielle.

République Fédérale d'Allemagne:

Passeport national ou certificat de voyage pour enfant de la République Fédérale d'Allemagne, en cours de validité

Carte d'identité officielle de la République Fédérale d'Allemagne, en cours de validité

Carte d'identité provisoire et attestation de photo d'identité d'enfant, délivrées par le Land de Berlin, en cours de validité

Pays-Bas:

Passeport du Royaume des Pays-Bas en cours de validité, y inclus passeport national, passeport diplomatique, passeport officiel (passeport de service) et laissez-passer

Passeport national périmé depuis moins de cinq ans

Carte d'identité en cours de validité (carte de touriste) modèle A ou B

Carte d'identité pour étrangers, en cours de validité, délivrée par les autorités belges et mentionnant que le titulaire est de nationalité néerlandaise

Carte d'identité pour étrangers, en cours de validité, délivrée par les autorités luxembourgeoises et mentionnant que le titulaire est de nationalité néerlandaise.

Osterreich:

Gültiger oder seit höchstens fünf Jahren ungültig gewordener Reisepaß; amtlicher Personalausweis.

Bundesrepublik Deutschland:

Gültiger Reisepaß oder Kinderausweis der Bundesrepublik Deutschland;

gültiger amtlicher Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland;

gültiger behelfsmäßiger Personalausweis und gültige Kinderlichtbildbescheinigung, ausgestellt vom Land Berlin.

Niederlande:

Gültiger Paß des Königreichs der Niederlande, einschließlich Reisepaß, Diplomatenpaß, amtlicher Paß (Dienstpaß) und Passierschein;

seit höchstens fünf Jahren ungültig gewordener Reisepaß;

gültiger Personalausweis (Touristenausweis), Muster A oder B;

gültiger belgischer Personalausweis für Ausländer, aus dem hervorgeht, daß der Inhaber die niederländische Staatsangehörigkeit besitzt;

gültiger luxemburgischer Personalausweis für Ausländer, aus dem hervorgeht, daß der Inhaber die niederländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Kapitalhilfe

Vom 4. April 1977

In Niamey ist am 10. Februar 1977 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 10. Februar 1977

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. April 1977

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Im Auftrag Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Niger über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Niger,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Niger beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Niger, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Einfuhr von Waren und Leistungen gemäß der diesem Abkommen beigefügten Liste ein lieferungebundenes Darlehen bis zu 6,5 Mio DM (in Worten: sechs Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) aufzunehmen. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen handeln, für die die Lieferverträge oder Leistungsverträge nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Niger stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Niger erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Niger überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Niger innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Niamey am 10. Februar 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Dr. Johannes Reitberger

> Für die Regierung der Republik Niger Mounkeila Arouna

Anlage

Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 10. Februar 1977 bis zu 6,5 Mio DM (in Worten: sechs Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) aus dem Darlehen finanziert werden können:

- a) Beschaffung eines 20-KW-Mittelwellensenders sowie Anpassung an die vorhandene Vertikalantenne;
- b) Beschaffung eines 100-KW-Kurzwellensenders mit breitbandiger Richtantenne;
- c) Beschaltung und Anpassung des vorhandenen 20-KW-Kurzwellensenders an die vorhandene Antenne;
- d) Beschaffung einer Umschaltvorrichtung des 20-KW-Kurzwellensenders auf die neu zu beschaffende Kurzwellen-Richtantenne;
- e) Beschaffung von Zubehör, Ersatzteilen, Anpassungsmitteln für die zu beschaffenden Sender, Kontrolleinrichtungen;
- f) Erweiterung des Sendergebäudes;

- g) Beschaffung der Ausrüstung für drei Tonstudios für Produktion und Sendung und eines Modulationsverteilers;
- h) Erweiterung des Studiogebäudes;
- i) Beschaffung von Energieversorgungseinrichtungen für das zu errichtende Sende- und Studiogebäude;
- j) im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallende Kosten für Transport, Versicherung und Montage, auch wenn diese in Inlandswährung anfallen.

Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorliegt.

Die Einfuhr von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf, insbesondere von Luxusgütern, sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über den Seeverkehr

Vom 5. April 1977

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. September 1976 zu dem Abkommen vom 31. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über den Seeverkehr (BGBl. 1976 II S. 1521) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 19 Abs. 1

am 29. März 1977

in Kraft getreten ist.

Die in Artikel 19 des Abkommens vorgesehenen diplomatischen Noten über die Erfüllung der für das Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen der innerstaatlichen Gesetzgebung sind am selben Tage in Peking ausgetauscht worden.

Bonn, den 5. April 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Verbeek

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Ubereinkommens Nr. 92 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Quartierräume der Besatzung an Bord von Schiffen (Neufassung vom Jahre 1949)

Vom 7. April 1977

Angola betrachtet sich auf Grund einer vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes am 4. Juni 1976 registrierten Erklärung an das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation am 18. Juni 1949 in Genf angenommene Übereinkommen Nr. 92 über die Quartierräume der Besatzung an Bord von Schiffen (Neufassung vom Jahre 1949) (BGBl. 1974 II S. 841), dessen Anwendung durch Portugal auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war, gebunden.

Folgende Staaten haben die Anwendung des Übereinkommens auf Grund einer vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes registrierten Erklärung ohne Änderungen auf ihre abhängigen Gebiete erstreckt:

Staat	Tag der Registrieru ng der Erklärung	Abhängige Gebiete
Dänemark	28. September 1960	Färöer
Frankreich	27. April 1955	Guadeloupe, Französisch-Guayana, Martinique, Réunion
Vereinigtes König	Insel Man	

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. September 1974 (BGBl. II S. 1234).

Bonn, den 7. April 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Verbeek

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 126 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Quartierräume an Bord von Fischereifahrzeugen

Vom 13. April 1977

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation am 21. Juni 1966 in Genf angenommene Übereinkommen Nr. 126 über die Quartierräume an Bord von Fischereifahrzeugen (BGBl. 1974 II S. 881) wird nach seinem Artikel 20 Abs. 3 für die

Niederlande

am 12. Mai 1977

in Kraft treten.

Ferner hat Frankreich die Anwendung des Ubereinkommens auf Grund einer vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes am 27. November 1974 registrierten Erklärung ohne Anderungen

auf seine Übersee-Departements

Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique und Réunion sowie

auf seine Übersee-Gebiete

Französisch-Polynesien, Französisches Afar- und Issa-Territorium, Neukaledonien und St. Pierre und Miquelon

erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. September 1974 (BGBl. II S. 1235).

Bonn, den 13. April 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Verbeek

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über Flüchtlingsseeleute

Vom 15. April 1977

Das Protokoll vom 12. Juni 1973 über Flüchtlingsseeleute (BGBl. 1975 II S. 421) ist nach seinem Artikel IV Abs. 2 für

Belgien

am 22. März 1977

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. November 1976 (BGBl. II S. 1926).

Bonn, den 15. April 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Fischerei im Nordwestatlantik und seiner Protokolle

Vom 15. April 1977

Das Internationale Übereinkommen vom 8. Februar 1949 über die Fischerei im Nordwestatlantik (BGBl. 1957 II S. 265) nebst den Protokollen

vom 25. Juni 1956 (BGBI. 1957 II S. 265, 277),

vom 15. Juli 1963 (BGBl. 1965 II S. 409),

vom 29. November 1965 (BGBl. 1969 II S. 745, 747, 750),

vom 1. Oktober 1969 (BGBI. 1971 II S. 1057, 1060) und

vom 6, Oktober 1970 (BGBl. 1971 II S. 1057, 1062)

ist auf Grund der Kündigung nach seinem Artikel XVI Abs. 1 für die

> Vereinigten Staaten mit Ablauf des 31. Dezember 1976

außer Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. April 1976 (BGBl. II S. 583).

Bonn, den 15. April 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung für Olverschmutzungsschäden

Vom 19. April 1977

Das Internationale Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Olverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301) ist nach seinem Artikel XV für

Belgien	am	12. April	1977
Brasilien	am	17. März	1977
Ecuador	am	23. März	1977
Portugal	am 2	4. Februar	1977

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Oktober 1976 (BGBl. II S. 1843).

Bonn, den 19. April 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

 $Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.nc.b.H. = Druck: Bundesdruckerei \ Bonn$

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und dämit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13:20, 5300 Bonn 1, Tel. (0:22:21) 23:80:67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40.— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblätt Koln 3:99:509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3.— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.